

Fachschaftsvertretung der Fachschaft Politik & Soziologie
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Lennéstraße 27
53113 Bonn

Frau Prof. Dr. Ulrike Guérot
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Lennéstr. 27
53113 Bonn

Sehr geehrte Frau Professorin Guérot,

wir, die Fachschaftsvertretung der Fachschaft Politik und Soziologie, schreiben Ihnen diesen offenen Brief, da die Lektüre Ihres Buchs *‘Wer schweigt, stimmt zu’* Fragen und Unverständnis bei uns aufgeworfen hat. Einige Ihrer Gedanken und Thesen, wie sie im Buch geäußert worden sind, sind nicht vereinbar mit unserem Verständnis von Demokratie und Wissenschaft. Gemäß dem Titel Ihres Buches möchten wir unseren Widerspruch zum Ausdruck bringen, anstatt zu schweigen. Im Folgenden werden wir deswegen anhand einiger Ausschnitte unsere Probleme darstellen.

Grundsätzlich sind uns Forderungen aufgefallen, welche nicht mit unserem Demokratieverständnis vereinbar sind. Auf Seite 87 schreiben Sie zum Beispiel: „Zuerst räumen wir auf, jeder in seinem Land“. Dieses diffuse ‘Wir‘ - zu dem ‘wir‘ uns übrigens nicht zählen - muss nun „aufräumen“, indem es neue Verfassungsrichter*innen ernennt (S. 87), nachdem es die jetzigen abgesetzt und zudem Mitglieder des Ethikrats entlassen hat (S. 87). Parallel dazu sollen die Vereinigten Staaten sich um Bill Gates und Anthony Fauci „kümmern“ (S. 87). Diese Verwendung von ‘Wir‘, ohne eine Einbindung in den verfassungsstaatlichen demokratischen Prozess, ist für uns nicht nur höchst problematisch, sondern auch undemokratisch. An späterer Stelle, im Kontext der höheren Bezahlung von Pflegepersonal, fordern Sie: „Wir bringen die zum Schweigen, die uns sagen wollen, dass dies nicht

geht“ (S. 88). Für uns birgt ‘zum Schweigen bringen’ immer eine starke Affinität zu anti-demokratischen Interessen in sich. Daher sehen wir hier einen starken Widerspruch zu Ihrem eigentlichen Ziel, die Demokratie stärken zu wollen. Die Forderungen, Verfassungsrichter*innen zu ersetzen, sich um Menschen zu ‘kümmern’ und andere ‘zum Schweigen zu bringen’, so wohl gemeint dies auch sein mag, widersprechen direkt den Werten des Grundgesetzes. Diese Werte sollten jedoch Basis eines jeden Diskurses sein.

Auch Ihr Verständnis von Wissenschaft ist uns unklar. Einerseits fordern Sie überspitzt den Wegfall der Naturwissenschaften und die Entwertung der Statistik durch eine Neubegründung der Universitäten (vgl. S. 91), andererseits verwenden Sie, scheinbar willkürlich in der Auswahl der Thesen, in Ihrem Buch immer wieder unseriöse oder bereits widerlegte statistische Untersuchungen zur Belegung dieser Thesen, unter anderem in der Fußnote 8 auf S. 110f. In diesen werden zudem statistische Begrifflichkeiten, wie beispielsweise die der statistischen Signifikanz, missverständlich verwendet.

Für uns ist die Statistik kein „Handwerkszeug“ (S. 92), sondern unabdingbare Methodik und Bestandteil des kritischen Denkens - ein Hinterfragen, welches auf einem *geteilten* Grundverständnis wissenschaftlicher Methoden beruhen muss.

Zudem ist uns der Versuch schwergefallen, Ihre Haltungen und Intentionen einzuschätzen. Wir wollen uns nicht anmaßen, Ihre persönlichen Meinungen aus den teilweise recht schwammigen Formulierungen zu extrahieren. Sollten Sie einige der extremen und stellenweise durchaus demokratisch und gesellschaftlich grenzwertigen Punkte aus Ihrem Buch selbst überzeugt vertreten, würde es für uns keine Diskussionsgrundlage mehr geben. Ihnen muss doch bewusst gewesen sein, welchen Eindruck Ihre vage gehaltenen Formulierungen auf diejenigen haben, die solche Meinungen tatsächlich vertreten. Auch wenn Sie persönlich keine pseudowissenschaftlichen, verschwörerischen, demokratie- und verfassungsfeindlichen Standpunkte vertreten, müssen Sie doch gewusst haben, dass solche, die es tun, Ihre Worte plausibel aufs Schlimmste interpretieren und für Ihre politisch gefährlichen Zwecke missbrauchen.

Wir bitten Sie in dieser Angelegenheit um mehr Klarheit. Gibt es Interpretationen Ihrer Inhalte, die Ihnen ideologisch eindeutig zu weit gehen? Und falls ja, haben sie diese Entwicklung vor Veröffentlichung Ihres Buches nicht vorhergesehen?

Uns ist bewusst, dass die durch die Corona-Pandemie erforderlichen Einschränkungen von Freiheiten diskussionswürdig sind. Verschiedensten Positionen muss hier als elementarer Bestandteil einer pluralistischen Demokratie Raum gegeben werden. Dieser Diskurs wird jedoch dann problematisch, wenn unsere verfassungsstaatliche demokratische Ordnung in Frage gestellt wird. Dies ist unserer Meinung nach in Ihrem Buch der Fall. Gerade uns, als Studierende der Politikwissenschaft und Soziologie, und Sie, als Professorin der Politikwissenschaft, sehen wir in einer besonderen Verantwortung im öffentlichen Diskurs die Werte des Grundgesetzes aufrecht zu erhalten.

Wir würden Sie bitten, zu erläutern, inwiefern Ihre Aussagen diesen geteilten Werteframeworken wahren. Das würde uns helfen, Ihre Position zu verstehen und eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu finden, die wir derzeit vermissen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Fachschaftsvertretung der Fachschaft Politik und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn